

**Sonderkonferenz
der Regierungschefinnen und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 31. März 2023 in Berlin**

Beschluss

Ergebnisse des Koalitionsausschusses Bund am 28. März 2023 im Hinblick auf Ostdeutschland – Infrastrukturprojekte

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Am 28. März 2023 stellten die tragenden Parteien der Bundesregierung das „Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung“ vor. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder stellen mit Bedauern fest, dass dabei die Belange der Länder insgesamt, aber insbesondere die Interessen, Potentiale und Besonderheiten der ostdeutschen Länder kaum Widerhall finden.
2. In der Riemser Erklärung vom 13. Juni 2022 haben der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder gemeinsam die notwendigen Anstrengungen hinsichtlich der Schieneninfrastruktur in den ostdeutschen Ländern betont. Dazu enthält der Beschluss der Koalitionspartner der Bundesregierung keine Aussage. Es kann bei diesem Vorhaben nicht die wirtschaftliche Auslastung von Strecken im Vordergrund stehen. Insbesondere die Eisenbahnvorhaben des Bundes in den Strukturwandelregionen wurden bislang nicht in ausreichendem Maß angegangen. Schon 1 % der im Beschluss des Koalitionsausschusses genannten 45 Mrd. Euro für den Ausbau der Schieneninfrastruktur würde genügen, um die bestehende Wirtschaftlichkeitslücke bei allen durch das Bund-Länder-Koordinierungsgremium beschlossenen Projekten zu schließen und die Strukturwandelregionen zukunftssicher anzubinden. Auch die Anbindung des Schienennetzes nach Mittel- und Osteuropa fehlt im Beschluss vollständig. Somit werden die ostdeutschen Länder nicht in die Lage versetzt, die Ihnen zugedachte Brückenfunktion zu den direkten Nachbarn erfüllen. Mit Blick auf unsere osteuropäischen Nachbarn und in Bezug auf die Unterstützung für die Ukraine muss hier dringend nachgebessert werden.
3. Die angekündigte Ausbau- und Qualitätsoffensive ÖPNV sollte Antworten auf Herausforderungen finden, die durch eine geringe Bevölkerungsdichte bei zugleich geringen finanziellen Spielräumen bedingt sind und in Ostdeutschland gehäuft auftreten.
4. Nicht zuletzt beim Blick auf die ausgewählten Vorhaben im Bereich des Straßenverkehrs drängt sich der Eindruck auf, dass es sich lediglich um ein Beschleunigungspapier für den Westen der Bundesrepublik Deutschland handelt. Unter den 144 zu beschleunigenden Projekten ist kein einziges Vorhaben in Ostdeutschland zu finden. Auch Projekte,

bei denen es um die Ost-West-Anbindung geht, wie der Weiterbau der A20, sind von überragendem öffentlichem Interesse, ebenso wie die engere infrastrukturelle Verzahnung mit Mittel- und Osteuropa. Das sind Projekte von europäischer Dimension. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesregierung, neben dem Kriterium der Engstellen zu berücksichtigen, dass eine Beschleunigung von Verkehrsprojekten nicht nur dort stattfinden muss, wo sich an vorhandenen Straßen Stauschwerpunkte bilden, sondern auch dort, wo Bundesfernstraßen noch gänzlich fehlen. Vor dem Hintergrund der im Koalitionsausschuss beschlossenen Beschleunigungsmaßnahmen ist sicherzustellen, dass bereits vereinbarte und priorisierte Planungs- und Bauvorhaben im Bereich der Verkehrsinfrastruktur unverändert und prioritär weitergeführt und umgesetzt werden. Kapazitätsverschiebungen bei Personal und Mitteln hin zu anderen Projekten sind auszuschließen.

5. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen das Bekenntnis der Regierungskoalition, zum beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien die direkte Belieferung benachbarter Unternehmen durch (eigene) Windenergieanlagen zu erleichtern. Dies reicht jedoch als Anreiz nicht aus. Eine wirklich wirksame Anreizsteuerung kann nur über faire Preise und Kosten sichergestellt werden. Länder mit einem hohen Ausbaustand erneuerbarer Energien dürfen nicht länger benachteiligt werden. Der Mehrwert des Ausbaus erneuerbarer Energien muss für die Menschen und die Regionen deutlich spürbar sein. Die Netzentgelte in Deutschland müssen endlich gerecht verteilt werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesregierung, hierzu zeitnah Vorschläge vorzulegen.